

19.55

Abgeordnete Dr. Astrid Rössler (Grüne): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Geschätzte Zuseherinnen und Zuseher! Von den vielen Petitionen, die heute behandelt werden, möchte ich auf eine Gruppe Bezug nehmen, nämlich die schon erwähnten Petitionen zum Thema Wolf und Almwirtschaft. Dass es mehrere Petition sind, zeigt, dass da tatsächlich ein Problem ist, für das es noch keine wirklich zufriedenstellenden Lösungen gibt. Den Vorteil an der Behandlung im Petitionsausschuss sehe ich vor allem darin, dass durch Einholung von Stellungnahmen oder auch Expertenhearings eine breitere Meinung gebildet werden kann und man gemeinsam versucht, sich auf den Weg zu machen, um Lösungen zu finden.

Im konkreten Fall wurde unter anderem die Stellungnahme des Österreichzentrums Bär, Wolf, Luchs und Goldschakal eingeholt. Das zeigt: Das Österreichzentrum, welches für den Umgang mit Beutegreifern gegründet wurde, ist inzwischen um ein weiteres Tier, nämlich den Goldschakal, der als Wildtier auch zu einem Konfliktfall wird, erweitert worden. Dieses Österreichzentrum ist sicher über jeden Verdacht erhaben, einseitig zu sein – nicht pro landwirtschaftliche Interessen, aber auch nicht pro Naturschutzinteressen –, es ist sozusagen eine breite Institution, die sich den Lösungen widmet.

Dieses Österreichzentrum wurde 2018 gegründet; relativ spät, weil die ersten Wölfe eigentlich schon seit 2010, 2012 in Österreich aufgetaucht sind und das Problem sich schon abgezeichnet hat. Alle Bundesländer sind als ordentliche Mitglieder beteiligt, gegründet wurde es vom damaligen Landwirtschafts- und Umweltministerium. Beteiligt sind auch die Almwirtschaft, die HBLFA Raumberg-Gumpenstein, die Landwirtschaftskammer, die Bundesforste, also tatsächlich jene Einrichtungen, die unmittelbar an dem Thema dran sind.

Das Österreichzentrum hat sich mit den Fragestellungen der Petitionen befasst, und das waren drei zentrale Forderungen: die Herabsetzung des Schutzstatus – das ist schon genannt worden –, aber auch die leichtere Entnahmemöglichkeit von Wölfen, also Abschüsse, und die Schaffung von sogenannten wolfsfreien Zonen. Das Österreichzentrum, das sich genau diesen Fragestellungen gewidmet hat, hat diese Anliegen sehr konkret und fachlich sehr gut behandelt, hat die Voraussetzungen für Abschüsse geprüft – Abschüsse sind ja derzeit rechtlich nach den FFH-Richtlinien schon möglich –, hat aber auch die Alternativenprüfung gezeigt.

Was bisher noch fehlt, ist, den nächsten Schritt nach der reinen Forderung nach einem Abschuss der Wölfe zu gehen: Was sind denn die Möglichkeiten? – Diese Alternativenprüfung ist gefordert, um zu wissen, ob keine anderen, gelinden Mittel möglich sind. Das heißt, es geht natürlich um die Frage: Wo sind Herdenschutzmaßnahmen möglich, wo sind sie nicht möglich, und was ist das Paket? – Zäune genügen nicht, das wissen wir inzwischen auch, es braucht mehr dazu.

Interessant ist, dass sich in Sachen Wolfsmanagement in Österreich tatsächlich sehr viel getan hat. Wenn man sich die Website des Österreichzentrums ansieht, sieht man, wie viele zusätzliche Maßnahmen, aber auch Erkenntnisse dort vorhanden sind. Es lohnt sich, dem nachzugehen, und nicht immer nur darüber zu reden, was nicht geht, oder immer nur die Forderung nach Abschuss zu stellen, sondern zu fragen: Was brauchen wir? – Die Konfliktbereiche in der Almwirtschaft sind ja inzwischen leider nicht mehr nur auf Beutegreifer beschränkt. Wir haben das Problem mit freilaufenden Hunden, wir haben die Konfliktzone Tourismus und Almwirtschaft. Auch damit brauchen wir also einen besseren Umgang, um das zu lösen.

Abschließend: Ich finde interessant, dass einige Bundesländer – die ja Mitglieder im Österreichzentrum sind – sich sehr wohl schon auf den Weg gemacht haben und sehr gute Förderungen machen, nämlich nicht nur für Zäune.

Ich finde, es muss weit über den Zaun hinausgehen: Die Arbeitszeit muss entlohnt werden, es müssen natürlich auch Kosten für Behirtungsmaßnahmen, Arbeitshunde bezahlt werden. Es ist ein Gesamtpaket je nach Standort und je nach Umgebung, das man probieren muss. Auch die EU fordert es und die EU sagt, 100 Prozent davon fördern. Salzburg fördert 80 Prozent für Zäune und Arbeitshunde, Niederösterreich 50 Prozent, Tirol 60 Prozent – schade, dass Kärnten gar nichts fördert, null, die Steiermark fördert gar nichts und Oberösterreich leider auch nichts.

Der Petitionsausschuss sollte uns ermutigen, bei den Lösungen voranzugehen, aber auch die Expertise, wie hier vom Österreichzentrum, natürlich breit abzurufen; dort sind alle Beteiligten in einem Boot. Und eine Erkenntnis sollte sein, dass der Petitionsausschuss dazu führt, dass wir uns auf den Weg der Suche nach Lösungen machen.

(Beifall bei den Grünen und bei Abgeordneten der ÖVP.)

20.00

Präsident Ing. Norbert Hofer: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Robert Laimer. – Bitte, Herr Abgeordneter.